



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 19 / 2002 - 54. gesamt
20.12.2002

CDU will Ausschuss für neue Technologien verhindern

Am Widerstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion droht die Wiedereinsetzung des Unterausschusses „Neue Medien“ zu scheitern. Hatten CDU und CSU zunächst angekündigt, mit ihrer Sperrminorität einen der erfolgreichsten Unterausschüsse des Deutschen Bundestages zu beerdigen, wurde die Abstimmung diese Woche noch einmal vertagt. Das Hauptproblem der Konservativen: In der Fraktion fehlt es wohl an qualifiziertem

Personal für die Besetzung des Ausschusses.

Der Unterausschuss „Neue Medien“ wurde im Jahr 2000 gegründet und hat sich unter anderem mit der Förderung des Internets, der kritischen Begleitung von Überwachungs- und Zensurmaßnahmen sowie wichtigen Fragestellungen wie Patentierungs- und Urheberrecht in der digitalen Welt beschäftigt. Vor allem für die dynamisch wachsende Informations- und

Telekommunikations-technologiebranche war der Ausschuss „Neue Medien“ Hauptansprechpartner. Entsprechend harsche Reaktionen bekamen CDU und CSU auf Ihre Weigerung, den Ausschuss erneut einzurichten, aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Nach nur zwei Jahren kann der Unterausschuss trotzdem auf einige Erfolge zurückblicken. Überwachungspläne wurden nach An-

hörungen im Ausschuss zurückgezogen oder entschärft, die Internetnutzung in Deutschland hat die vieler anderer europäischer Länder überholt und mit Bund-Online 2005 und eDemokratie wurden wichtige Projekte für die digitale Zukunft gestartet. Jetzt müssten diese Themen eine neue Heimat im Deutschen Bundestag finden, wenn CDU und CSU bei der Ablehnung bleiben.

Sie haben im nächsten Jahr mehr und nicht weniger Geld in der Tasche

Seit dem 1.1.1999 verfolgt die rot-grüne Bundesregierung konsequent das Ziel Arbeitnehmer, Familien und den Mittelstand zu entlasten. Dies ist nur möglich, wenn gleichzeitig durch Einsparungen im Bundeshaushalt, das Stopfen von Steuerschlupflöchern und das Streichen von Subventionen Steuersenkungen gegenfinanziert werden. Sonst würden aktuelle Entlastungen mit neuen Schulden – also auf

Pump – finanziert werden. Die Zeche dafür müssten unsere Kinder mit höheren Steuern in der Zukunft bezahlen. Dies war das Prinzip der Finanzpolitik von 1982 bis 1998 unter der CDU/CSU, FDP-Regierung: mit Schulden vor allem Gutbetuchte entlasten.

Wir entlasten vor allem Arbeitnehmer und Familien und sorgen durch das Stopfen von Steuerschlupflöchern, dass

Spitzenverdiener und große Kapitalgesellschaften wieder Steuern zahlen. Seit 1999 haben wir dreimal die Steuern gesenkt, dreimal das Kindergeld erhöht, das BAföG erhöht, das Elterngeld eingeführt, das Wohngeld verbessert, die Rente für die Erziehungszeiten der Frauen erhöht und dem Mittelstand die Belastung durch die Gewerbesteuer faktisch genommen. Diese Politik wird nun

konsequent weitergeführt. Spekulationsgewinne aus Aktien- und Immobilienverkäufen werden wirksamer besteuert. Abschreibungsmodelle im Mietwohnungsbau nach einer Übergangszeit auf eine faire Besteuerung umgestellt, und es wird dafür gesorgt, dass große Kapitalgesellschaften ihre Steuerschulden nicht mehr über Verlusttransaktionen auf Null setzen können. Diese Maß-

nahmen sind somit gerecht und dienen der Finanzierung weiterer Steuersenkungen und der Bereitstellung der Gelder für mehr Plätze in Betreuungseinrichtungen für unsere Kin-

der. Gleichzeitig werden Familien weiter entlastet – wie das folgende Beispiel deutlich zeigt: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern verdiente 1998 ca. 5.000,-- DM (2.514,42 €)

brutto im Monat. Das Nettoeinkommen hat sich aufgrund tariflicher Steigerungen und der erfolgreichen Entlastungspolitik von Rot-Grün für Arbeitnehmer und Familien durch

Steuersenkungen und Kindergelderhöhungen deutlich erhöht. 2002 beträgt das monatliche Nettogehalt bereits 2.247,98 € und im nächsten Jahr 2.281,26 €

Entwicklung des Lohnzettels 1998-2005 (€)

	1998	1999	2000	2001
Brutto	2.514,42	2.577,28¹	2.636,56²	2.697,20³
Lohnsteuer	-256,41	-255,3	-246,61	-229,82
Solidarzuschlag	0	0	0	0
Kirchensteuer	-8,59	-8,41	-8,37	-7,86
Rentenversicherung ⁴	-255,21	-251,28	-254,42	-257,58
Arbeitslosenversicherung ⁵	-81,72	-83,76	-85,69	-87,66
Pflegeversicherung ⁶	-21,37	-21,91	-22,41	-22,93
Krankenversicherung ⁷	-170,98	-175,25	-179,28	-183,41
Kindergeld	224	255	276	276
Netto	1.944,14	2.036,37	2.115,78	2.183,94
In % vom Brutto	77,32	79,01	80,25	80,97

Ab 2004 noch keine tarifl. Steigerungen⁸

	2002	2003	2004	2005
Brutto	2.751,14⁹	2.844,68¹⁰	2.844,68¹¹	2.844,68¹²
Lohnsteuer	-247	-274,66	-246,16	-222,83
Solidarzuschlag	0	0	0	0
Kirchensteuer	-1,57	-3,64	-2,48	-1,63
Rentenversicherung ¹³	-262,73	-277,36	-275,93	-273,09
Arbeitslosenversicherung ¹⁴	-89,41	-92,45	-92,45	-92,45
Pflegeversicherung ¹⁵	-23,38	-24,18	-24,18	-24,18
Krankenversicherung ¹⁶	-187,07	-199,13	-199,13	-199,13
Kindergeld	308	308	308	308
Netto	2.247,98	2.281,26	2.312,35	2.339,37
In % vom Brutto	81,71	80,19	81,29	82,24

¹ tarifl. Steigerung: +2,5%.

² tarifl. Steigerung: +2,3%.

³ tarifl. Steigerung: +2,3%.

⁴ 1998: 10,15%, 1999: 9,75%, 2000: 9,65%, 2001+2002: 9,55%, 2003: 9,75%, 2004: 9,70%, 2005: 9,60%.

⁵ 1998-2005: 3,25%.

⁶ 1998-2005: 0,85%.

⁷ 1998-2002: 6,8%, 2003-2005: 7,0%.

⁸ Ab 2004 fehlen Prognosen bzw. Tarifergebnisse, so dass noch keine Bruttolohnsteigerung ansetzbar ist.

⁹ tarifl. Steigerung: +2,0%.

¹⁰ tarifl. Steigerung: +3,4%.

¹¹ ohne tarifl. Steigerung.

¹² ohne tarifl. Steigerung.

¹³ 1998: 10,15%, 1999: 9,75%, 2000: 9,65%, 2001+2002: 9,55%, 2003: 9,75%, 2004: 9,70%, 2005: 9,60%.

¹⁴ 1998-2005: 3,25%.

¹⁵ 1998-2005: 0,85%.

¹⁶ 1998-2002: 6,8%, 2003-2005: 7,0%.

Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin
 Platz der Republik 1 (UdL 50)
 11011 Berlin
 Tel: 030 – 227 700 26
 Fax: 030 – 227 76 008
 Email: ulrich.kelber@bundestag.de
 Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
 Clemens-August-Str. 64
 53115 Bonn
 Tel: 0228 – 280 31 35
 Fax: 0228 – 280 31 36
 Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Fazit:

1. **1998** betrug das Netto **77,32%** vom Brutto. **Seit 2000** liegt das Netto **über 80%** vom Brutto.
2. Die Familie hat **2003** insgesamt **337,12 € mehr im Monat** in der Tasche als 1998.
3. Durch unsere Steuerreformschritte blieben der Familie die tariflichen Steigerungen im Netto erhalten. Beim alten Steuersatz von 1998 hätte die Familie 2003 über 200,-- € weniger im Monat in der Tasche.
4. Seit 2000 ist das **Kindergeld** der Familie wesentlich höher als die gezahlte Lohnsteuer + Kirchensteuer.
5. **Ökosteuer entlastet:** Sämtliche Stufen der ökologischen Steuerreform belasten 2003 diese Familie mit ca. 24 € im Monat (12.000 km Fahrleistung mit dem Auto im Jahr, 3.500 kWh Strom, 18.000 kWh Erdgas). Gleichzeitig beträgt die Entlastung beim Rentenversicherungsbeitrag 48,36 € (1,7%-Punkte) im Monat.
6. Die vorgeschlagenen **Steueränderungen ab 2003** belasten diese Familie fast gar nicht, da sie weder über einen Dienstwagen verfügt, noch Aktienspekulationen betreibt oder Abschreibungsmodelle im Mietwohnungsbau zukünftig plant. Lediglich die Einführung des Regelumsatzsteuersatzes von 16% bei Blumen führt zu einer monatlichen Mehrbelastung von durchschnittlich **1 - 2 €**. Dies ist angesichts der Entlastung seit 1999 und der weiteren Entlastung 2004 und 2005 durchaus vertretbar.

Unterm Strich:

2003 hat eine Familie im Monat mehr in der Tasche als 2002!

Für heute und für dieses Jahr aber genug der Zahlen!



Ich wünsche Ihnen allen schöne, ruhige und
besinnliche Weihnachten im Kreise der Familie
und einen guten Start in das Jahr 2003

Mi Zell